

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/156

Bonn, den 18. August 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Bildungspolitische Gesamtplanung</u> ODU/CSU und FDP bisher ohne Gesamtkonzeption Von Willi Eichler Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses der SPD Mitglied des Parteivorstandes	48
2	<u>Glossar</u> Nachgegriffener Vorgriff Die ODU und die Verkehrsprobleme	22
2	<u>"Herr Porträts im Stil Kurt Ziesels" ?</u> Professor Götgen und die "Einkaufsintellektuellen"	25
3 - 4	<u>Weltpolitik am Rande des Abgrunds</u> Vorsicht ängstigt das Verhalten der Großmächte Von Peter Rauzen	96
5	<u>Jugoslawiens Haltung im Zypern-Konflikt</u> Tito setzt auf Athen Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher	49

Bildungspolitische Gesamtplanung

CDU/CSU und FDP bisher ohne Gesamtkonzeption
Von Willi Eichler

Die in der vergangenen Woche erfolgte Veröffentlichung der Bildungspolitischen Leitsätze der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat ein ausserordentlich starkes und meist positives Echo ausgelöst. Kaum eine deutsche Zeitung ließ es sich entgehen, diese Leitsätze in ihren Kernforderungen zu veröffentlichen oder zu kommentieren. Auch die Rundfunkanstalten haben mehrfach auf den erneuten sozialdemokratischen Vorstoß in den Bereich der Schul- und Bildungspolitik hingewiesen.

Wir Sozialdemokraten begrüßen dieses Echo; es zeigt, daß die sicher überwältigende Mehrheit unseres Volkes schon seit langem auf neue Initiativen zur Verbesserung des deutschen Schul- und Bildungswesens wartet. Mit Genugtuung haben wir in diesen Tagen auch festgestellt, daß sich andere politische Gruppen, die früher den sozialdemokratischen Vorschlägen meist passiv oder gar ablehnend gegenüberstanden, nunmehr aktiv in die Diskussion über das Bildungswesen einschalteten.

Bildungspolitik im weitesten Sinne des Wortes ist keineswegs nur ein Teilproblem unseres gesellschaftlichen Lebens. Sie umfaßt alle Bereiche unserer Existenz und ist der Motor des Fortschritts. Gute Grundschulen, gute Universitäten, eine den Erfordernissen unseres Zeitalters entsprechende Berufsausbildung sind Voraussetzung dafür, daß wir den Gleichklang der allgemeinen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Nation und ihrer geistigen Substanz finden.

Aus langjähriger Erfahrung mit dem Versuch einer Reform des Bildungswesens wissen wir, daß die besten Vorsätze nur verwirklicht werden können, wenn alle guten Kräfte dabei zusammenstehen. Das bedeutet nicht den Verzicht auf Diskussionen über den einzuschlagenden Weg. Im Gegenteil: Diskussionen wirken befruchtend, wenn jeder an ihnen Beteiligte sich als Mitarbeiter und Partner, nicht aber als Gegner fühlt.

Die Bildungspolitik des modernen Staates kann nicht "Partei-politik" sein. Sie ist, wie Willy Brandt gesagt hat, "die weitestreichende Gemeinschaftsaufgabe unseres Volkes und verlangt die Mithilfe aller". Jede Partei sollte dazu ihre eigene Konzeption vorlegen. Die der SPD steht jetzt zur Diskussion - die der CDU steht noch aus.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands betrachtet also ihre in der vergangenen Woche der Öffentlichkeit übergebenen Bildungspolitischen Leitsätze als Beitrag zur längst fällig gewordenen großen Diskussion über das deutsche Bildungswesen, zu einer Diskussion, die sich über den Bund und die Länder bis in die Gemeinden hinein erstrecken sollte. Diese Diskussion muß auch zwischen den Parteien geführt werden. Es versteht sich von selbst, daß in diese Diskussion auch die berufenen Bildungsorganisationen und die Repräsentanz der Träger des Bildungswesens einbezogen sind. Den Parteien, die nach dem Grundgesetz berufen sind, bei der politischen Willensbildung mitzuwirken, obliegt die Führung in diesem Meinungsstreit. Sie können vor dem Forum des Volkes, in den Parlamenten, die gesetzgebenden und finanziellen Grundlagen für ein lebensnahes und fortschrittliches Bildungswesen schaffen, das unserer Nation würdig ist.

Glosse:

Nachgegriffener Vorgriff

Die CDU und die Verkehrsprobleme

B.W. - Die CDU/CSU will sich und die Bundesregierung von dem Vorwurf freischwimmen, sie hätten zu lange gewartet, um ihrerseits etwas Entscheidendes zur Verhinderung der Verkehrskatastrophe in der Bundesrepublik zu tun. Deshalb meint sie jetzt darüber, daß die SPD aus gegebenem Anlaß an ihre in jeder Beratung des Bundeshaushalts gemachten Vorschläge für die Finanzierung und Organisation einer fortschrittlichen Strassenbau- und Verkehrspolitik erinnert. Mitnichten sei es die SPD, meint die CDU, die durch ihr Drängen die Fortführung des Strassenbaus durch einen Vorgriff auf den Bundeshaushalt 1965 erreicht habe, denn der Herr Seeborn, langjähriger Bundesverkehrsminister, habe diese Idee schon viel früher gehabt. - Möglich ist natürlich, daß der Herr Seeborn schon seit langem eine solche Idee gehabt hat. Warum auch nicht; Herr Seeborn ist schließlich nicht von gestern. Aber - diese Frage sei gestattet - warum, um alles in der Welt, haben der Herr Seeborn, die Bundesregierung und die Regierungsparteien CDU/CSU-FDP nicht schon längst ihre guten Absichten in die Tat umgesetzt? Schließlich haben wir seit Jahren eine von der CDU/CSU geführte Bundesregierung. Niemand hätte die Regierung daran gehindert, etwas Vernünftiges für die Modernisierung unseres Verkehrswesens zu tun. Der etwas klein-karierte Hinweis auf Herrn Seeborns gute Absichten ist ein nachgegriffener Vorgriff.

+ + +

"Mehr Porträts im Stil Kurt Ziesels" ?

Professor Görgen und die "Linksintellektuellen"

L.H. - Vor einiger Zeit hat der saarländische CDU-Abgeordnete Professor Hermann Mathias G ö r g e n, früher "Chafideologe" der OVP des ehemaligen saarländischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann, wieder von sich reden gemacht. Er gründete die "Internationale Vereinigung für Film- und Fernsehforschung e.V." und die "Internationale Gesellschaft für Kommunikationswissenschaft e.V.". Ob Herr Görgen damit einem ihm drängend erscheinenden Bedürfnis abhelfen oder mit Hilfe dieser Vereinigungen den von der CDU gesteuerten "Kampf gegen die Linksintellektuellen" in Presse, Film und Rundfunk fördern will, wissen wir nicht genau. Letztere Vermutung ist jedoch naheliegend, wenn man hört, was Professor Görgen - laut "Süddeutsche Zeitung" - in der Arbeitstagung des von Professor Feldmann geleiteten Arbeitskreises der CSU "Mass media und Meinungsfreiheit" empfohlen hat. In diesem Arbeitskreis der CSU ging es hoch her. Man fand sich mit Herrn Emil Franzel in gemeinsamer Front eines "Feldzugplanes gegen die Intellektuellen" und forderte eine "Umerziehung der Nation". Wie das in der Praxis aussehen soll, sagte Herr Professor Görgen mit dankenswerter Offenheit. In einem Diskussionsbeitrag, zu dem er als "Vorsitzender der Gesellschaft für Film- und Fernsehforschung" angekündigt worden war, wünschte Herr Görgen in Rundfunk, Presse und Film "mehr Porträts im Stile Kurt Ziesels über die Leute in Presse und Funk". - Wer Herr Ziesel ist, und was er für die deutsche Publizistik bedeutet, dürfte hinreichend bekannt sein. Neu ist allerdings, daß sich ein Mann wie Professor Görgen, den man verschiedentlich für seriös gehalten hat, in die Gesellschaft Ziesels begibt.

+ + +

Weltpolitik am Rande des Abgrunds

Vorsicht diktiert das Verhalten der Großmächte

Von Peter Rannau

Zwei Feuer, die während der vergangenen Wochen zunächst im Fernen Osten, etwas später im Nahen Osten gefährlich aufleuchteten, konnten vorläufig noch einmal lokalisiert werden.

In dieser kurzen Zeitspanne hat es viel Kriegsgeschrei und Furcht gegeben; mancherorts weit mehr, als notwendig war. Dies läßt sich nicht nur in der Rückschau sagen. Eine nüchterne Einschätzung der politischen und strategischen Gegebenheiten hätte von vornherein dazu führen müssen.

Erinnerungen an Sarajewo

Aber die psychologische Situation war für eine ruhig abwägende Beurteilung, jenseits aller gefühlsmässigen Erregung, nicht sonderlich günstig. Vielleicht haben auch die gerade in diesen Wochen und Tagen erschienenen unzähligen Berichte aller großen Massenmedien über die Ursprünge des ersten Weltkrieges vor 50 Jahren und die auch bereits anklingenden Erinnerungen an den Ausbruch des zweiten Weltkrieges vor 25 Jahren zu einer Allergie gegenüber allen Nachrichten beigetragen, die die Möglichkeit von kriegerischer Entwicklungen in sich schlossen oder andeuteten. Man hatte gelesen und gehört, wie die Staatsmänner im August 1914 in den Krieg "hinsingeschlittert" waren - von dem Furor, mit dem sie in den zweiten Weltkrieg hineingezwungen wurden, gar nicht zu reden.

Ausserdem brauchte man so weit gar nicht zurückzugehen: Die gefährlichste Krise der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, die um Kuba, lag noch nicht zwei Jahre zurück. Damals standen sich die beiden großen nuklearen Mächte auf kürzester Distanz in drohender Haltung gegenüber; jeden Augenblick konnte der die Katastrophe auslösende Funke überspringen. Die Dinge lagen also schon deshalb ganz anders. Aber wenn unter den Millionen, die fernab aller Weltpolitik ihren Alltagsgeschäften nachgehen, war das auf den ersten Blick hin klar, konnte es klar sein?

Auch wenn sich die Mehrzahl der vor 50 Jahren führenden Staatsmänner in den entscheidenden Tagen - wie aus den inzwischen bekanntgewordenen Tatsachen und Dokumenten klar hervorgeht - bemerkenswert einfältig und kurzsichtig benahmen, mit dem bekannten Ergebnis eines schrecklichen vierjährigen Welthrandes - sind, so muß man fragen, die heute den Gang der Ereignisse bestimmenden Regierungschefs und schattigen Politiker wirklich soviel klüger? Bei allen Respekt vor einigen, wenn auch nicht vor allen von ihnen: das ist sehr unwahrscheinlich.

Krieg gestern und morgen

Der Grund für ihr klügeres, vorsichtigeres Verhalten liegt wohl woanders, nämlich in der seit damals völlig veränderten Vorstellung von dem, was Krieg bedeutet. Späterzeit verstand man darunter, wie seit Jahrtausenden, Sieg oder Niederlage, wobei es ziemlich sicher blieb, daß beide Seiten, unverbesserten oder verschlechterten Umständen würden fortleben können. Ganz ging diese Rechnung schon damals nicht

auf: Österreich-Ungarn brach auseinander, das zaristische Rußland wurde von der bolschewistischen Sowjetunion abgelöst, eine ganze Reihe von neuen Staaten entstand in Mitteleuropa.

Heute dagegen - und dieses Wissen hat sich im Laufe des letzten Jahrzehnts immer mehr durchgesetzt - ginge es im Fall eines dritten Weltbrandes bei Anwendung aller modernen Waffen für ungezählte Millionen Menschen nur noch um die Frage nach Art und Stunde ihres Todes, kaum aber noch ums Überleben. Wenn es den Staatsmännern, wie man gesagt hat, seinerzeit an Phantasie fehlte, sich ein zutreffendes Bild des Krieges und seiner Folgen zu machen, den sie begannen, so braucht man heute überhaupt keine Phantasie, sich die Wirkungen eines neuen Weltkrieges auszumalen. Man hat die Erfahrung von Hiroshima und Nagasaki, die immerhin 20 Jahre alt ist, und braucht die dort grauenvoll sichtbar gewordenen Wirkungen nur mit hundert oder tausend oder ich weiß nicht mit welcher Ziffer zu multiplizieren und weiß dann, woran man sein wird.

Es ist unbestreitbar, daß diese Vorstellung wie keine andere Überlegung heute überall die Kriegslust dämpft und die Vernunft beflügelt, wenn beides auch noch nicht in wirklich imponierender Weise. Denn auch der heimliche Vorbehalt aller Marsjünger, es brauche ja nicht der große, der atomare Krieg zu werden, es könne ja auch beim - "relativ harmlosen" Krieg mit herkömmlichen Waffen bleiben, überzeugt nicht. Dieser Vorbehalt wird deshalb immer unglaubwürdiger, weil niemand für eine wohlüberlegte, zuverlässig funktionierende Grenzziehung zwischen der einen und der anderen Art von Krieg garantieren kann.

Kein Freibrief

Bezogen auf die tagespolitische Wirklichkeit, läßt sich deshalb sagen: die wichtigste Tatsache der letzten Wochen war in Südostasien nicht, was Nordvietnam gegen die USA oder umgekehrt, diese gegen den kleinen südostasiatischen Staat unternahm, sondern was die Sowjetunion nicht unternahm - eine Intervention. Sie mischte sich nur mit Deklamationen recht unverbindlicher Art ein, und damit war alles ausgestanden.

Das gleiche gilt, etwas abgewandelt, für Zypern. Die Großen wollen nun einmal wegen dieser Insel und ihres militanten Oberpriesters, der den Konflikt so weit geschürt hat, keinen Krieg. Sie wollen und sie werden sich ihr auf weite Sicht angelegtes politisches Konzept nicht durch ihn verderben lassen, und Makarios muß heute durchaus damit rechnen, daß man die Geduld mit ihm verliert, Niemandem würde daraus ein Schaden entstehen.

Auch in diesen beiden Fällen hat sich also bestätigt: Nichts wird so heiß gegessen, wie es gekocht ist. Das ist beruhigend auch für ähnliche künftige Fälle, die sich immer wieder ereignen können. Allerdings ist darin kein Freibrief für Sorglosigkeit zu sehen. Denn es gibt nirgends dauerhaften Stillstand, schon gar nicht in der weltpolitischen Entwicklung, selbst wenn es einmal vorübergehend so aussehen sollte. Wir blicken immer noch in Abgründe.

Jugoslawiens Haltung im Zypern-Konflikt

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

Was die jugoslawische Regierung in dem fast parallel gelegenen Fall des amerikanischen Vergeltungsangriffs auf Nordvietnam nicht zu tun wagte oder aber zu tun nicht für opportun hielt, nämlich mit einer öffentlichen Stellungnahme sich offiziell in der Krise zu engagieren, tat sie jetzt nach der türkischen Bombardierung Zyperns. Hindernde einerseits die größere politische Rücksichtnahme auf Washington Belgrader Aktivitäten im Falle Nord-Vietnams, fühlte sich die jugoslawische Regierung nicht nur infolge der relativen räumlichen Nähe Zyperns, sondern wohl auch seiner spezifischen Beziehungen zu den an der Zypernkrise beteiligten Partnern zu einem solchen Schritt offensichtlich herausgefordert.

Dabei unterscheiden sich die suggerierten Lösungsvorschläge, die in diesem Falle offiziell, im Falle Südostasiens inoffiziell geäußert worden sind, nicht einmal grundsätzlich voneinander. Kein Staat habe das Recht auf einseitige Intervention und eine jedwede Lösung irgendeines Problems müsse auf dem Verhandlungswege, falls dies in bilateralen Verhandlungen unmöglich ist, so eben innerhalb der Vereinten Nationen gefunden werden, heißt die jugoslawische Haltung. Im Falle Zypern isoliert Belgrad somit die internen Vorgänge auf der Insel, die ja kaum internationaler Verhandlungsgegenstand sein können, nachdem Zypern einmal selbständig geworden ist, und beurteilt primär nur den internationalen Aspekt des Konflikts.

Die jugoslawische Regierung ist damit, obwohl sie dies nicht allzu stark unterstreicht, letztlich doch auf eine antitürkische Linie eingeschwenkt. Dies ist eine gewisse Neuausrichtung der jugoslawischen Balkanpolitik, die bisher mit den beiden NATO-Staaten, Griechenland und Türkei, ein ausgewogenes politisches Verhältnis zu erhalten suchte. Belgrad war, und ist es formal noch immer, mit den beiden Ländern selbst in dem defensiven Balkanpakt verbunden. Der unter amerikanischem Einfluß 1954 als eine Erweiterung der NATO in diesem Teil der Welt zustande gebracht worden war, infolge des Zypernproblems und der jugoslawischen Wiederversöhnung mit dem Ostblock jedoch nur allzu bald sich als ein wertloses Papiertier erwies.

Noch ist es nicht ganz klar, wie sich Belgrad verhalten würde, wenn die Enosis-Parole des Anschlusses Zyperns an Griechenland zur offiziellen Politik Athens und Nikosias erhoben würde. Jugoslawien ist zweifellos in viel stärkerem Ausmaße Griechenland freundschaftlich verbunden als der Türkei. Andererseits ist das unabhängige Zypern zu einem in der geeinten Front der blockfreien Länder mitmarschierenden Staat geworden, wobei noch zusätzlich die inneren Verhältnisse auf der Insel es der politischen Linken gestatten, dort relativ freier zu wirken als in Griechenland selbst. Das sind sicherlich Überlegungen, die die jugoslawische Regierung im Zypernkonflikt offenbar auf eine antitürkische Linie haben einschwenken lassen, die vorerst noch mit dem Anliegen umschrieben wird, daß die volle Unabhängigkeit und Souveränität Zyperns zu erhalten bzw. erst zu schaffen seien.